

E-Mail-Newsletter

8. April 2008

Liebe Mitglieder und Interessierte,

die erste Innenministerkonferenz im Jahr 2008 steht an. Sie wird vom 16. - 18. April in Bad Saarow/Brandenburg stattfinden. Dieses Mal soll es vor allem um die Themen Terrorismusbekämpfung und Jugendkriminalität gehen. Trotzdem wird ein breites Bündnis verschiedener Gruppen die Innenminister an flüchtlingspolitische Themen erinnern und unter dem Motto "Residenzpflicht abschaffen - NPD keinen Raum geben" am 16.04.08 eine Kundgebung durchführen. Aktuelle Informationen zur IMK und zur Kundgebung finden Sie unter www.fluechtlingsrat-brandenburg.de.

Die weiteren Themen in diesem Newsletter:

1. "xclusiv Nr. 5" - Autorinnen und Autoren gesucht

Für die fünfte Ausgabe unserer Flüchtlingszeitung "xclusiv", die in der Interkulturellen Woche 2008 erscheinen soll, suchen wir auch in diesem Jahr Flüchtlinge, die einen Beitrag schreiben wollen.

2. Bundestag will christliche Flüchtlinge aus dem Irak aufnehmen

Dies berichtet die Süddeutsche Zeitung in ihrer Ausgabe vom 1. April.

3. UNHCR-Richtlinien zur Feststellung des internationalen Schutzbedarfs afghanischer Asylsuchender

Update zur Sicherheitslage: Das Dokument gibt einen Überblick über die aktuelle politische, sozioökonomische und Sicherheitssituation in Afghanistan und nennt die verschiedenen in Afghanistan besonders gefährdeten Gruppen und die Gründe für deren Gefährdung.

4. Griechenland: ECRE fordert Abschiebestopp

Griechenland sei kein sicherer Platz für Schutzsuchende, so die Botschaft einer Pressemitteilung vom 3. April.

5. Irakische Flüchtlinge: Pro Asyl fordert ein großzügiges Aufnahmeprogramm in Europa

Pressemitteilung anlässlich des fünften Jahrestags des Kriegsbeginns

6. Keine Abschiebungen in den Irak - Unterschriftensammlung von Pro Asyl, des Bayerischen Flüchtlingsrats und anderen

"Solange es keine Sicherheit im Irak gibt, sind Abschiebungen indiskutabel."

7. Sachstand bei Rückführungen nach Sri Lanka

Das Bundesinnenministerium teilt mit, dass der für November angekündigte Lagebericht des Auswärtigen Amtes nach wie vor nicht vorliegen würde. Man bitte daher bei Rückführungen wie bisher um sorgfältige Einzelfallprüfung.

8. Abschiebeanhörung für Flüchtlinge aus der DR Kongo am 17.04. in Dortmund

Das Auswärtige Amt warnt vor Reisen in die Demokratische Republik Kongo. Diese Warnung scheint allerdings nicht für Flüchtlinge zu gelten.

9. UNHCR fordert Flüchtlingsaufnahme in Deutschland

...und hat jetzt ein Resettlement-Konzept vorgelegt.

10. Rückkehrzentrum für Flüchtlinge in Libyen

In Libyens Hauptstadt Tripolis wird ein Zentrum für Flüchtlinge eröffnet, in dem ihnen geholfen werden soll, in ihre Heimat zurückzukehren. Das berichtet die britische BBC.

11. Pro Asyl: "Keine Rücküberstellungen nach Griechenland"

"Niemandland für Flüchtlingsrechte - Wie das EU-Mitglied Griechenland mit schutzsuchenden Menschen umgeht", so der Titel eines neuen Infoblatts der BAG Pro Asyl.

12. "Gesetz zur Ergänzung des Rechts zur Anfechtung der Vaterschaft" tritt im Juni in Kraft

Das Gesetz ermöglicht Vaterschaftsanfechtungen durch staatliche Behörden, wenn durch die Vaterschaftsanerkennung für ein ausländisches Kind und/oder eine/n ausländische/n Mutter oder Vater die rechtlichen Voraussetzungen für ein Visum oder ein Aufenthaltsrecht geschaffen werden.

13. Neue Einträge auf roma-kosovoinfo.com**14. Pro Asyl-Newsletter Nr. 133, März 2008****15. Lese-/Webtipps****16. Termine**

Mit herzlichem Gruß
Reiner Klass

1. "xclusiv Nr. 5" - Autorinnen und Autoren gesucht

Auch in diesem Jahr wollen wir in der Interkulturellen Woche ab Ende September eine weitere Ausgabe von "xclusiv" präsentieren, die von den ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen in Baden-Württemberg verteilt werden kann.

xclusiv ist am Tag des Flüchtlings 2004 zum ersten Mal in einer Auflage von 10.000 Exemplaren herausgegeben worden und hat sich mit weiteren Ausgaben in den Jahren 2005-2007 fast zum Selbstläufer entwickelt. In all den Jahren war uns wichtig, dass zum einen Flüchtlinge in der Zeitung selbst zu Wort kommen und zum anderen Menschen an die Thematik "Flucht" und "Asyl" herangeführt werden, die sonst nichts mit dem Thema zu tun haben.

Auch 2008 wollen wir Sie bitten, Flüchtlinge für dieses Projekt zu gewinnen und dafür zu begeistern, einen Beitrag für diese Zeitung zu schreiben. Wir wollen in diesem Jahr kein bestimmtes Thema vorgeben, sondern suchen Beiträge, Bilder, Geschichten, Fotos, Zeichnungen, Essays, Betrachtungen, Aufsätze von Flüchtlingen mit den Themen, die Flüchtlinge beschäftigen und über die sie berichten wollen

Die Texte werden in deutscher und in der Sprache des Flüchtlings gedruckt. Für uns wäre es eine Erleichterung, wenn wir den Beitrag in der Muttersprache als auch in deutscher Übersetzung erhalten könnten. Falls das nicht möglich ist, sorgen wir für eine Übersetzung.

Flüchtlinge, die nicht anonym bleiben wollen, können sehr gerne einen kurzen Lebenslauf oder eine Beschreibung ihrer Person und Situation und ein Foto beifügen.

Außerdem würden wir in der Zeitung gerne Flüchtlinge porträtieren: Flüchtlinge, die nach langen Jahren bangen Wartens endlich eine Aufenthaltserlaubnis erhalten haben, sei es aufgrund der Bleiberechtsregelung oder einer Entscheidung der Härtefallkommission. Flüchtlinge, die seit Jahren auf ein Aufenthaltsrecht hoffen, aber aufgrund von knapp verpassten Fristen, strikt gefassten Ausschlussgründen oder eingeleiteten Widerrufverfahren immer wieder durchs Raster gefallen sind. Schicken Sie uns Ihre Geschichte!

Einsendeschluss für alle Beiträge, Fotos, Bilder, Fluchtbiografien ist der 31. Mai 2008.

Bitte senden Sie Ihren Beitrag an die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart, info@fluechtlingsrat-bw.de

Weitere Informationen zu xclusiv 5 finden Sie in Kürze außerdem auf www.fluechtlingsrat-bw.de.

2. Bundestag will christliche Flüchtlinge aus dem Irak aufnehmen

Dies berichtet die Süddeutsche Zeitung in einem [Artikel](#) in ihrer Ausgabe vom 1. April. Die Forderung war von der Evangelischen und Katholischen Kirche erhoben worden und wurde nun offenbar im Bundestag erhört. Der Bundesinnenminister habe bereits sein Entgegenkommen angedeutet. Am Mittwoch ist das Thema nun im Menschenrechtsausschuss besprochen worden. Sollte die Forderung tatsächlich umgesetzt werden, könnte eine bestimmte Zahl von Christen und Angehörigen anderer religiöser Minderheiten mit einer Sondergenehmigung nach Deutschland reisen.

3. UNHCR-Richtlinien zur Feststellung des internationalen Schutzbedarfs afghanischer Asylsuchender

Das [Dokument](#) vom Januar 2008 gibt einen Überblick über die aktuelle politische, sozioökonomische und Sicherheitssituation in Afghanistan und nennt die verschiedenen in Afghanistan besonders gefährdeten Gruppen und die Gründe für deren Gefährdung. Eine interne Schutzalternative sei für Verfolgte grundsätzlich nicht gegeben, so UNHCR.

Zu den Hauptgruppen mit erhöhtem Schutzbedarf zählt UNHCR:

- Afghanische Staatsangehörige, die als kritisch gegenüber Gruppen oder Einzelpersonen mit Kontrollmacht über eine Gegend wahrgenommen werden
- Regierungsfunktionäre
- Ethnische Minderheiten in bestimmten Gegenden
- Konvertiten vom Islam zu anderen Religionen
- Frauen mit bestimmten Profilen (Frauen, die gegen vorherrschende Normen verstoßen, Ausländische Frauen afghanischer Männer)
- Unbegleitete Kinder
- Traumatisierte
- Homosexuelle
- Afghanische Staatsangehörige, die mit internationalen Organisationen und Sicherheitskräften in Verbindung gebracht werden
- Grundbesitzer
- Afghanische Staatsangehörige, die mit der Demokratischen (DVPA) in Verbindung gebracht werden

4. Griechenland: ECRE fordert Abschiebestopp

Presseerklärung, 3. April 2008

"Griechenland kein sicheres Asylland"

Europäischer Flüchtlingsrat fordert Abschiebestopp nach Griechenland

In einem offenen Brief an alle 27 EU-Mitgliedsstaaten und die Europäische Kommission fordert der europäische Flüchtlingsrat ECRE, alle Abschiebungen nach Griechenland einzustellen. Griechenland ist kein sicherer Platz für Schutzsuchende.

Täglich werden Flüchtlinge aus Deutschland, Schweden, den Niederlanden, Dänemark, Belgien, Großbritannien, Italien etc. nach Griechenland zurückgeschoben, nur aus einem Grunde: Europäische Asylzuständigkeitsbestimmungen - die sogenannte Dublin II-Verordnung - legen fest, dass in der Regel der Staat für die Asylprüfung zuständig ist, über den ein Schutzsuchender in die EU eingereist ist. Der geographische Zufall, dass Griechenland auf dem Fluchtweg vieler Flüchtlinge aus dem Irak, Afghanistan und Somalia liegt, weist diesem Land eine überproportionale Verantwortung für die Flüchtlingsaufnahme zu.

Dies ist unfair gegenüber Griechenland, hat aber vor allem verheerende Auswirkungen für die dorthin überstellten Flüchtlinge. Eine Zurückschiebung nach Griechenland bedeutet Obdachlosigkeit, Schutz- und Rechtlosigkeit für Asylsuchende.

PRO ASYL hat bereits am 21. Februar 2008 eine Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages gestellt mit dem Ziel, Rücküberstellungen von Asylsuchenden nach Griechenland im Rahmen der EU-Zuständigkeitsverordnung "Dublin II" aussetzen zu lassen.

Das zuständige Bundesinnenministerium setzt bis heute seine rigide Abschiebungspolitik fort.

Für die Aussetzung der Abschiebungen sprechen gravierende Gründe:

Griechenland hat die niedrigste Anerkennungsquote in der gesamten Europäischen Union. Keinem einzigen irakischen Asylsuchenden wurde im Jahr 2007 in der ersten Instanz Schutzgewährt. Deutschland weist im gleichen Zeitraum bei dieser Flüchtlingsgruppe eine Schutzquote von 74,5 Prozent auf (Schutzquote beinhaltet alle positiven Statusentscheidungen).

Asylsuchende werden nach ihrer Abschiebung aus Deutschland und anderen europäischen Staaten in Griechenland ohne Rechtsgrundlage inhaftiert. PRO ASYL hat mehrere Fälle dokumentiert, in denen nach der Rücküberstellung nach Griechenland eine sofortige Inhaftierung des Asylsuchenden erfolgte.

Werden die Asylsuchenden aus der Haft entlassen, droht ihnen die Obdachlosigkeit. Griechenland hat nicht annähernd genügend Unterbringungsplätze. Das griechische Aufnahmesystem stellt aktuell nur knapp 750 Unterkunftsplätze im ganzen Land bereit, aber über 2000 Haftplätze für Flüchtlinge und Migranten.

Das nach seiner Einwohnerzahl sieben mal kleinere Griechenland hat im Jahr 2007 mehr Asylsuchende (25.113) registriert als Deutschland (19.164). Dies zeigt, dass Europa dringend einen völlig anderen Solidaritätsmechanismus braucht.

gez. Karl Kopp

Europareferent von PRO ASYL

Vorstandsmitglied von ECRE

5. Irakische Flüchtlinge: Pro Asyl fordert ein großzügiges Aufnahmeprogramm in Europa

Presseerklärung 19. März 2008

Europäische "Koalition der Unwilligen" ignoriert das Leid der irakischen Flüchtlinge

PRO ASYL fordert ein großzügiges Aufnahmeprogramm in Europa und ein Ende des unmenschlichen Ping-Pongs mit irakischen Schutzsuchenden

PRO ASYL fordert anlässlich des fünften Jahrestages des Kriegsbeginns im Irak die EU-Staaten auf, großzügig Flüchtlinge aufzunehmen, sie nicht mehr an den europäischen Außengrenzen zurückzuweisen und das unmenschliche Ping-Pong-Spiel mit irakischen Schutzsuchenden innerhalb Europas zu beenden.

Die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten verweigert als "Koalition der Unwilligen" die Hilfe für irakische Flüchtlinge. Schutzsuchende werden, falls sie es lebend nach Europa schaffen, immer häufiger inhaftiert und zu Opfern einer regelrechten Schutzlotterie.

Die EU darf nicht länger wegschauen und Flüchtlinge abwehren, sondern muss gemeinsam und solidarisch handeln. PRO ASYL fordert die Bundesregierung und die EU-Staaten auf, als Akt der internationalen Solidarität und als Ausdruck ihrer Verantwortung für den Flüchtlingsschutz, in einem ersten Schritt mindestens 60.000 Resettlementplätze (Aufnahmeplätze) für irakische Flüchtlinge bereitzustellen.

2007 fanden nur 1.650 Flüchtlinge aus dem Irak im Rahmen von Resettlementprogrammen in Europa Aufnahme. Sieben EU-Staaten beteiligen sich an diesem zusätzlichen Flüchtlingsschutzmechanismus - Deutschland verweigert sich bis jetzt. Rund zwei Millionen Iraker suchen Schutz in den Nachbarstaaten der Region, vor allem in Syrien und Jordanien. 2,5 Millionen irren als Binnenvertriebene durch den Irak. Die Nachbarregion Europa erreicht gerade ein Prozent der Flüchtlinge.

Schlimmer noch: Anstatt zu helfen, versuchen verschiedene EU-Staaten Menschen in den Irak abzuschieben. PRO ASYL bekräftigt seine Forderung nach einem europaweiten Abschiebestopp für den gesamten Irak.

Aber auch die innereuropäischen Abschiebungen von irakischen Asylsuchenden sind nicht akzeptabel. Im Rahmen von EU-Zuständigkeitsregeln werden Iraker hin- und hergeschoben. So werden sie beispielsweise in Deutschland unmittelbar nach ihrer Ankunft inhaftiert und dann in das Mitgliedsland zurückgeschoben, das sie auf ihrer Flucht zuerst betreten haben - meist ist dies zurzeit Griechenland. Eine Überstellung von irakischen Flüchtlingen dorthin bedeutet für sie Schutz- und Rechtlosigkeit. Griechenland stellt mit Null Prozent Anerkennung in der ersten Instanz einen traurigen Negativrekord auf. PRO ASYL fordert deswegen das Bundesinnenministerium erneut auf, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anzuweisen, keine

Zurückschiebungen mehr nach Griechenland vorzunehmen.

gez. Karl Kopp

Europareferent von PRO ASYL

Vorstandsmitglied von ECRE, dem Europäischen Flüchtlingsrat

6. Keine Abschiebungen in den Irak, kein Widerruf des Asylrechts - Unterschriftensammlung von Pro Asyl, des Bayerischen Flüchtlingsrats und anderen

Sehr geehrte Damen und Herren,

täglich sterben Menschen im Irak, vier Millionen IrakerInnen sind auf der Flucht, doch deutsche Behörden tangiert das nicht. Irakischen Flüchtlingen wird das Asyl und die Aufenthaltserlaubnis entzogen und die Abschiebungen in den Irak haben bereits begonnen. Doch solange es keine Sicherheit im Irak gibt, sind Abschiebungen indiskutabel, denn irakische Flüchtlinge brauchen unseren Schutz und eine gesicherte Lebensperspektive.

Pro Asyl, der Bayerische Flüchtlingsrat und viele weitere Organisationen haben deshalb einen Aufruf gegen die Irak-Abschiebungen und den Widerruf des Asylrechts für IrakerInnen gestartet. Unterzeichnen deshalb auch Sie den Aufruf gegen Abschiebungen in den Irak und für eine Aufenthaltserlaubnis für irakische Flüchtlinge! Im Sommer 2008 wird der Aufruf an den Bundestag, das Innenministerium sowie die Innenministerkonferenz übergeben.

Aufruf unterzeichnen, so geht's:

Aufruf online unterzeichnen unter: <http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/irak.html>

ErstunterzeichnerInnen:

Pro Asyl | Bayerischer Flüchtlingsrat | Hessischer Flüchtlingsrat | Jugendliche ohne Grenzen - Bayern | amnesty international München - AK Asyl | BI Asyl Regensburg | Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen - München | Münchener Flüchtlingsrat

Herzliche Grüße

Alexander Thal

Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats

7. Sachstand bei Rückführungen nach Sri Lanka

Mit Schreiben vom 28. Januar 2008 hat das Bundesministerium des Innern die Länderinnenministerien über den Sachstand bei "Rückführungen nach Sri Lanka" informiert.

Das Bundesministerium des Innern hatte im Mai und August 2007 angeregt, Rückführungen nach Sri Lanka für zunächst drei Monate partiell für aus dem Norden und Osten Sri Lankas stammende Tamilen auszusetzen - Ausnahme: Straftäter und Personen, bei denen eine Existenzsicherung aufgrund vorhandener Familienstrukturen im Regierungsgebiet gesichert erscheine.

Nach Ablauf des 3-Monats-Zeitraumes dauere jetzt die Prüfung noch an, bei der Erkenntnisse des Auswärtigen Amtes zu berücksichtigen seien. Der für November angekündigte Lagebericht liege noch nicht vor. Man bitte daher wie bisher um sorgfältige Einzelfallprüfung. Nach Ansicht von PRO ASYL hat sich die Lage keineswegs verbessert. Monitoringstrukturen existieren nicht. Die im Erlass genannten Beschränkung auf Tamilen aus dem Norden und Osten Sri Lankas sind vor dem Hintergrund der Sachlage nicht nachzuvollziehen.

8. Abschiebeanhörung für Flüchtlinge aus der DR Kongo am 17.04. in Dortmund

Das Auswärtige Amt warnt vor Reisen in die Demokratische Republik Kongo. Diese Warnung scheint allerdings nicht für Flüchtlinge zu gelten: Am 17.04. wird in der Zentralen Ausländerbehörde Dortmund, Kaiserstraße 129 - 131, eine Sammelanhörung für (vermeintliche) Staatsangehörige der Demokratischen Republik Kongo stattfinden.

9. UNHCR fordert Flüchtlingsaufnahme in Deutschland

In dem als [Konzeptvorschlag](#) bezeichneten Papier vom Januar 2008 spricht sich UNHCR für Aufnahmequoten für neuansiedelnde Flüchtlinge aus. Der spürbare Rückgang der regulären Asylbewerberzahlen in der Bundesrepublik Deutschland biete die Chance, die Einrichtung anderer Zugangswege für Schutzsuchende ernsthaft in Betracht zu ziehen. Die Einrichtung eines Resettlement-Programms biete hierbei die Möglichkeit, durch eine gezielte Auswahl der für eine Aufnahme in Deutschland in Betracht kommenden Personen konkrete Schutzbedürfnisse wieder stärker in den Mittelpunkt der deutschen Zuwanderungspolitik zu rücken und dadurch die vorhandenen Kapazitäten für den Schutz und die Integration ausländischer Staatsangehöriger effektiver zu nutzen. Hinzuweisen sei in diesem Zusammenhang auf die nach Erfahrungen von UNHCR große Motivation im Rahmen von Resettlement übernommener Flüchtlinge, sich in dem Staat, der ihnen schließlich eine sichere, auf einen dauerhaften Verbleib ausgerichtete Aufenthalts- und Lebensperspektive eröffnet, zu integrieren.

10. Rückkehrzentrum für Flüchtlinge in Libyen

In Libyens Hauptstadt Tripolis wird ein Zentrum für Flüchtlinge eröffnet, in dem ihnen geholfen werden soll, in ihre Heimat zurückzukehren. Sie bekommen Materialien, um sich in ihrer Heimat selbständig zu machen. Es gibt auch 40 zeitweilige Unterbringungsplätze. Finanziert wird es von IOM und der Europäischen Union. Wenn sie festgestellt haben, dass sich ihr Migrationstraum nicht erfüllt, so Laurence Hart, einer der Organisatoren, ist es nicht einfach, mit leeren Händen zurückzukehren. Im Zentrum sollen auch libysche Immigrationsbeamte trainiert werden. Artikel in englischer Sprache unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/7291537.stm>.

11. Pro Asyl: "Keine Rücküberstellungen nach Griechenland"

"Niemandland für Flüchtlingsrechte - Wie das EU-Mitglied Griechenland mit schutzsuchenden Menschen umgeht", so der Titel eines neuen Flyers der BAG Pro Asyl.

Bereits im Juli, August und Oktober 2007 unternahm Pro Asyl zwei Recherchereisen in die griechische Ägäis. Anlass waren beunruhigende Nachrichten über den brutalen Umgang griechischer Behörden mit schutzsuchenden Menschen. Vor Ort wurden sogar unsere ärgsten Befürchtungen übertroffen. Es gibt in Griechenland so gut wie keinen Schutz für Flüchtlinge. Die Menschen werden in vielen Fällen bereits auf See zurückgedrängt, gequält, geschlagen und gedemütigt. Denjenigen, die das Festland erreichen, wird in der Regel jede Hilfe verweigert, Verwundete bleiben ohne medizinische Versorgung. Häufig werden Schutzsuchende ins Gefängnis geworfen. Andere leben mittellos auf der Straße. Der Zugang zu einem fairen Asylverfahren wird so gut wie allen Flüchtlingen systematisch verwehrt.

Pro Asyl fordert die Länder der EU dringend dazu auf, keine Flüchtlinge mehr nach Griechenland abzuschieben. EU-Länder, die dies dennoch weiterhin tun, machen sich mitschuldig am Unrecht, dem schutzsuchende Menschen in Griechenland systematisch ausgesetzt sind.

Zugleich müssen Deutschland und die anderen Länder in der Mitte der EU die Länder an den Außengrenzen entlasten, indem sie ihrer Verantwortung gerecht werden und selbst mehr Flüchtlinge aufnehmen.

Die Europäische Kommission und das Europaparlament müssen dringen und unmissverständlich intervenieren. Sie dürfen nicht zulassen, dass Griechenland dauerhaft gegen die Menschenrechte und europäische Gesetze verstößt.

Das Faltblatt kann direkt bei [Pro Asyl](#) sowie in kleiner Stückzahl in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats B.-W. kostenlos bestellt werden.

12. "Gesetz zur Ergänzung des Rechts zur Anfechtung der Vaterschaft" tritt im Juni in Kraft

Das neue "Gesetz zur Ergänzung des Rechts zur Anfechtung der Vaterschaft" vom 13.03.08

http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/zuwg/Gesetz_Vaterschaft_130308.pdf tritt am 01.06.08 in Kraft.

Das Gesetz ermöglicht Vaterschaftsanfechtungen durch staatliche Behörden, wenn durch die Vaterschaftsanerkennung für ein ausländisches Kind und/oder eine/n ausländische/n Mutter oder Vater die rechtlichen Voraussetzungen für ein Visum oder ein Aufenthaltsrecht geschaffen werden. Welche Behörde zuständig ist (Ausländerbehörde, Jugendamt, Standesamt...), regeln die Länder durch Rechtsverordnung.

Das Gesetz weitet die "Denunziationspflicht" des § 87 AufenthG auf "Scheinvaterschaften" aus. Es ermöglicht in verfassungsrechtlich bedenklicher Weise auch rückwirkende Vaterschaftsanfechtungen durch staatliche Stellen (§ 16 EGBGB). Es wurde trotz massiver Bedenken der Fachleute (Auszüge siehe Anlage!) vom Bundestag verabschiedet, vgl. Anhörung des Rechtsausschusses v. 23.05.07, Gesetzentwurf (BT-Drs. 16/3291) und Stellungnahmen unter:

http://www.bundestag.de/ausschuesse/a06/anhoerungen/20_Vaterschaftsanfechtung/04_Stellungnahmen/index.html

13. Neue Einträge auf roma-kosovoinfo.com

29. Februar 2008

HRW: Justizsystem im Kosovo lässt Opfer im Stich

Laut Human Rights Watch ist das Justizsystem im Kosovo nicht in der Lage, Verbrechen gerecht zu verfolgen und der ethnischen Gewalt in der Region zu begegnen. "Kosovos Strafrechtssystem liegt am Boden", sagte Holly Cartner, Direktorin der Abteilung Europa und Zentralasien von Human Rights Watch, anlässlich der Vorstellung eines neuen Berichts der Menschenrechtsorganisation.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=163&Itemid=1

26. Februar 2008

Geplante Zwangsrückführungen ins Kosovo (2): Romano Them drängt auf Einhaltung der Menschenrechte

Die Internet-Plattform 'Romano Them' warnt in einem heute veröffentlichten Dokument vor der geplanten Zwangsrückführung von Roma und anderen als "empfindlich" bezeichneten Gruppen nach Kosovo. Dabei bezieht sich Romano Them auf zwei Dokumente, die die Regierung Kosovos im Oktober vergangenen Jahres verabschiedet hat: Die "Politik zur Wiederaufnahme" und die "Strategie für die Wiedereingliederung abgeschobener Personen". Beide Dokumente legen die Grundlage für die Wiederaufnahme einer großen Anzahl abgeschobener Personen nach dem Rückzug der UNMIK.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=160&Itemid=1

25. Februar

Geplante Zwangsrückführungen ins Kosovo (1): Absprachen mit UNMIK gegenstandslos

Ein des Bundesinnenministeriums vom 17.12.2007 an die Länderinnenministerien informiert über das Inkrafttreten der neuen "Readmission Policy" zum 1. Januar 2008. Damit sind bisherige Absprachen mit UNMIK faktisch gegenstandslos. UNMIK verzichtet künftig auf ein "Screening" bei Minderheitenangehörigen, fühlt sich aber weiterhin dem UNHCR-Positionspapier insoweit verpflichtet, als es "zunächst" bei einem grundsätzlichen Rückführungsverbot für Roma, mit Ausnahme besonders schwerer Straftäter, bleibt. Die operative Verantwortung für Rückführungen gehen auf das kosovarische Innenministerium über.

Das BMI-Schreiben findet sich hier:

<http://www.asyl.net/Magazin/Docs/2007/M-9/12566.pdf>

Die Rollenverteilung zwischen UNMIK und der kosovarischen Regierung ist im Papier "Readmission Policy" vom 28. November 2007 beschrieben, das sich hier findet:

http://kosovoroma.files.wordpress.com/2008/02/readmission-policy_eng_281107.pdf

20. Februar 2008

PRO ASYL: Angesichts unklarer Situation im Kosovo keine erzwungene Rückkehr

Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo dürfe nicht zum Startschuss für die erzwungene Rückkehr von Flüchtlingen aus Deutschland und anderen EU-Staaten werden, heißt es in einer Pressemitteilung von PRO Asyl.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=159&Itemid=1

20. Februar 2008

Studie zur Umsetzung des Bleiberechts vorgestellt

Der Integrationsbeauftragte des Senats Berlin und das Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes haben eine Studie zur Umsetzung des Bleiberechts der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Studie beschäftigt sich u.a. mit den deutlichen Unterschieden zwischen den Bundesländern bei der Umsetzung der im November 2006 beschlossenen Bleiberechtsregelung und ist hier erhältlich:

http://www.proasyl.de/fileadmin/proasyl/fm_redakteure/Newsletter_Anhaenge/133/expertise_imk_beschluss.pdf

16. Februar 2008

HRW: Schutz von Minderheiten zentral für die Zukunft des Kosovo

Kurz vor der erwarteten Unabhängigkeitserklärung Kosovos hat die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch in einem Sieben-Punkte-Memorandum die neue Regierung und ihre internationalen Partner aufgefordert, den neuen Staat auf demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien zu gründen.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=166&Itemid=1

Medienspiegel:

Vera Gaserow: Flüchtlingen droht Rückführung, in: Frankfurter Rundschau, 26. März 2008

http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?sid=14535e0bf08783549f48a2ce3ddaf20a&em_cnt=1292852

David Cronin: Abandoned in Kosovo. European countries which recognise Kosovo's independence should also stand up for its beleaguered minorities, in: Guardian, 19.2.2008

http://commentisfree.guardian.co.uk/david_cronin/2008/02/bandoned_in_kosovo.html

Reuters: What future for Kosovo's Gorani's (ViDEO), 13.2.2008

http://www.reuters.com/article/homepageCrisis/idUS120293033066._CH_.2400

Reuters: Slow exodus threatens Kosovo's mountain Gorani, 11.2.2008

<http://www.reuters.com/article/worldNews/idUSL114647620080211>

Trailer des Dokumentarfilms von Stefano Giantin: "A Minority Report - Kosovo Minorities Eight Years After" (52', Italien, 2007), der die Menschenrechtsverletzungen gegen Serben und Roma während der Zeit der UN-Verwaltung beschreibt.

<http://www.saputnik.net/demo/>

Dokumente:

+++ Aufgrund technischer Probleme ist es zurzeit nicht möglich, Dokumente direkt von der Seite

herunterzuladen. Wir verweisen auf folgende Dokumente, die sich auf anderen Webseiten finden +++

- "You are displaced, your rights are not" - Report and recommendations from the conference on sustainable property restitution and solutions to displacement in Kosovo during transition, 26 - 27 November 2007, Pristina

http://www.osce.org/documents/mik/2008/02/29706_en.pdf

- Romano Them: By force, if necessary - Minority returns to Kosovo after independence

<http://kosovoroma.files.wordpress.com/2008/02/romano-them-forced-returns.pdf>

14. Pro Asyl-Newsletter Nr. 133, März 2008

<http://www.proasyl.de/de/news/newsletter-ausgaben/nl-2006/newsletter-nr-133/>

[PRO ASYL hat erfolgreich die Herausgabe eines großen Teils der Dienstanweisungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erstritten](#)

[Studie zur Umsetzung des Bleiberechts vorgestellt](#)

[Rücknahme einer durch Täuschung erwirkten Einbürgerung unzulässig, wenn die Rücknahme nicht zeitnah erfolgt](#)

[Berliner Flüchtlingsrat bezeichnet Urteil als Dämpfer für Berlins Innensenator Körting](#)

[Doppelgesicht der Charterfluggesellschaft Hamburg International](#)

["Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen"](#)

[Der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Bildung hat die Bundesregierung erneut aufgefordert, die UN-Kinderrechtskonvention lückenlos umzusetzen](#)

[Situation von unbegleiteten Flüchtlingskindern in Schleswig-Holstein](#)

[Verhängung von Abschiebungshaft ohne die Beiziehung von Akten?](#)

[Landkreise in Thüringen verdienen an der Unterbringung von Flüchtlingen](#)

[Flüchtlinge in Thüringen protestieren gegen die miserablen Unterbringungsbedingungen im Flüchtlingslager Katzhütte](#)

[Taxifahrer aus Schleswig-Holstein in Dänemark wegen Beihilfe zur illegalen Einreise verurteilt](#)

[Die Unterstützung für Gazale Salame geht weiter - bundesweit](#)

["Stadt zum Bleiben" erschienen](#)

["Die Entgleisung"](#)

Herkunftslandbezogene- / Internationale Meldungen

[urgent action: Drohende Zwangsräumung von 147 binnervertriebenen Familien in Grosny](#)

[Hessischer Verwaltungsgerichtshof: Flüchtlinge aus Tschetschenien können ohne Gefahr für Leib und Leben zurückkehren](#)

[Hessischer Verwaltungsgerichtshof zum Rückkehr- und Existenzrisiko von jungen afghanischen Männern ohne familiäre Bindungen](#)

["Den Islam beleidigt"](#)

[UNHCR: Humanitäre Erwägungen im Zusammenhang mit der Rückkehr nach Afghanistan](#)

[Afghanisches Informationsministerium beschlagnahmt Gesamtauflage einer Studie zu Afghanistans Parteiensystem](#)

["Gegen Krieg und Diktatur in Äthiopien"](#)

["Burma: Mosaikstein indischer Ostpolitik"](#)

[Europäischer Gerichtshof wird sich mit dem Widerruf der Anerkennung irakischer Flüchtlinge in Deutschland beschäftigen](#)

[Viking Airlines kündigt Wiederaufnahme regulärer Flüge von Schweden nach Arbil im Nordirak an](#)

[Fast alle Flüchtlinge aus dem Irak haben traumatisierende Erlebnisse hinter sich](#)

[Unabhängigkeitserklärung des Kosovo](#)

[Bundesregierung: Erkenntnisse aus polizeilichem Informationsaustausch mit türkischen Stellen sind zuverlässig](#)

[Entwicklungen in Sri Lanka](#)

Europameldungen

[Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte: Residenzpflicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar](#)

Meldungen aus:

- [Belgien](#)
- [Griechenland](#)
- [Großbritannien](#)
- [Italien](#)
- [Norwegen](#)
- [Österreich](#)
- [Rumänien](#)
- [Russland](#)
- [Spanien](#)

15. Lese-/Webtipps

borderline-europe: Sonderausgabe: "Das Sterben an den EU-Außengrenzen"

ISBN 978 3 935 221 955

Aus dem Inhalt:

Abschottung mit Todesfolge: Die Festung Europa macht die Schotten dicht

Italien und Malta: Keine Gnade für "Clandestini" - "Europe's Shame - Lebensretter vor Gericht

Spanien: Tödliche Überfahrt - Ein Meer von Leichen - Ceuta & Melilla

Griechenland & Türkei: "Ein Menschenleben zählt nicht mehr" - "Willst du, dass ich dich umbringe?" - Evros

Östliche EU-Außengrenze: "Wir erledigen für Europa die Drecksarbeit" - Hightech zur Menschenjagd

EU-Außengrenzen weltweit - Die Falken von Warschau - borderline-europe

Die 65-seitige Zeitschrift ist für 5 Euro zzgl. Porto zu beziehen bei:

[borderline-europe](#), Menschenrechte ohne Grenzen e.V.

R.-Breitscheid-Str. 164, 14482 Potsdam

tel/fax 0331-887 15 460

Bericht FORTRESS EUROPE Februar 2008 erschienen

Mindestens 36 MigrantInnen und Flüchtlinge sind im Februar 2008 an den Außengrenzen der EU gestorben: 24 Opfer in Marokko, 2 in Spanien, 1 in Ceuta und 6 auf der Fahrt von Algerien nach Sardinien. In Ägypten hat die Polizei 3 Menschen auf dem Sinai an der israelischen Grenze getötet. Aus dem libyschen Lager Kufrah wurden 200 Eritreer deportiert. In Sizilien gibt es einen Anlandungsrekord im Februar: 1855 Menschen erreichten die Insel (Februar 2007 waren es 355). Frankreich hat mit Abschiebungen nach Pakistan begonnen und die EU schließt Rückübernahmeabkommen mit der Ukraine. In Algerien wurden ein Priester und ein Arzt verhaftet, die mit Subsaharis arbeiteten. In Ceuta steht der Ex-Gouverneur wegen Abschiebungen von Minderjährigen vor Gericht.

www.fortresseurope.blogspot.com

Schweizerische Flüchtlingshilfe: Neue Veröffentlichungen zu Herkunftsländern:

Serbien: Behandlung einer Nierenerkrankung (Rainer Mattern, SFH), Gutachten der SFH-Länderanalyse, 3 Seiten http://www.osar.ch/2008/01/20/treatment_kidney_serbia

Irak: Situation von religiösen Minderheiten in den KRG-Provinzen (Michelle Zumofen), Themenpapier der SFH-Länderanalyse, 25 Seiten http://www.osar.ch/2008/01/10/iraq_krg_religious_minorities

Ruth Weinzierl/Urszula Lisson: Grenzschutz und Menschenrechte. Eine europarechtliche und seerechtliche Studie. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, Oktober 2007. ISBN 978-3-937714-50-9.

Die Studie untersucht die menschenrechtlichen Verpflichtungen, die bei den vorverlagerten Migrationskontrollen der EU-Staaten jenseits der Staatsgrenzen bestehen. Aus Sicht des Instituts verbieten die Menschenrechte die aktuelle Praxis des Abfangens und Zurückweisens der Schiffe auf die Hohe See sowie des Ablenkens und des Zurückbegleitens der Schiffe in ihre Ausgangshäfen außerhalb der EU.

[Studie im Web](#)**Antirassistische Initiative: Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen (1993-2007)**

Die vorliegende Dokumentation zeigt in über 5000 Einzelgeschichten die Auswirkungen des staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus auf die Betroffenen. Auf Flüchtlinge, die gehofft hatten, in diesem Land Schutz und Sicherheit zu finden, und letztlich an diesem System zugrunde gingen oder zu Schaden kamen. Die jährlichen Zahlen der Dokumentation sinken im Gegensatz zu den Zahlen der AsylbewerberInnen nicht. Sie bleiben konstant. Auszugehen ist von einer wesentlich höheren Dunkelziffer.

Die beiden Hefte können bei der
ANTIRASSISTISCHEN INITIATIVE E.V.
Dokumentationsstelle
Mariannenplatz 2 - Haus Bethanien - Südflügel - 10997 Berlin
Fon 030 617 40 440 - Fax 030 627 05 905
www.ari-berlin.org/doku/titel.htm
bestellt werden.

16. Termine**Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:**

12.07.2008

08.11.2008

Herbsttagung Bad Boll

12.-14.09.2008: EU-Grenzen dicht für Flüchtlinge? - Die Situation an den Außengrenzen im Osten und Südosten und der Zugang zu Asylverfahren.

Das detaillierte Programm wird in Kürze bekanntgegeben.

Sonstige Termine:

9.04.2008, 19.30 Uhr, Tübingen, Asylzentrum, Neckarhalde 32: **Dr. Thomas Soeder: Chancen und Risiken im Umgang mit traumatisierten Menschen.**

11.04.2008, 18.30 Uhr Tübingen, Kino Arsenal/**12.04.2008, 20 Uhr, Reutlingen**: Kino Planie: **Film: "I broke my future" - Paradies Europa.** Die Dokumentation begleitet vier junge Afrikaner in Berlin, die als Asylsuchende nach Deutschland kamen und porträtiert ihre Hoffnungen auf eine Lebensperspektive. Der Film wird im Rahmen des Filmfestivals "übermorgen" in Reutlingen gezeigt.

24.04.2008, 19 Uhr, Ev. Kirchengemeinde **S-Gaisburg**, Faberstraße 16: **Vortrag Mathis Danelzik: "Strategien gegen Genitalsverstümmelung am Beispiel Tansania"** und **Film: "Maimouna - la vie devant moi"** über das von Terre des Femmes unterstützte Projekt Bangr Nooma in Burkina Faso

17.05.-22.06.08: Freiburg: Aktionsmonat "Zusammen die Utopie leben": Verschiedene politisch, sozial und ökologisch engagierte Gruppen und Einzelpersonen werden vom 17. Mai bis zum 22. Juni ihre Utopien frei ausleben. Aktionen unterschiedlichster Art sind geplant: von Ausstellungen und Kunstprojekten über Demonstrationen und Podiumsdiskussionen bis hin zu Konzerten und Straßentheater. Dabei dient die gesamte Stadt als Aktionsraum. Habt auch ihr Utopien, die gelebt werden wollen? Mehr Informationen zum Aktionsmonat und Termine für die nächsten Vorbereitungstreffen unter: www.utopie-leben.de.

20.06.2008: Internationaler Tag des Flüchtlings

26.06.2008: Tag zur Unterstützung der Folteropfer

28.09.2008: Beginn der Interkulturellen Woche

03.10.2008: Tag des Flüchtlings

10.12.2008: Tag der Menschenrechte

